

# Sparkurs trifft Südeuropäer hart

Gewerkschafter aus Portugal, Griechenland und Spanien warnen Deutschland vor den Folgen des geplanten Fiskalpaktes

Jens Helmecke

**Dortmund.** Bildungsexperten südeuropäischer Länder wie Portugal, Griechenland und Spanien und Gewerkschafter warnen vor der Ratifizierung des geplanten Fiskalpaktes innerhalb der Europäischen Union. Das von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorangetriebene Abkommen soll eine weitere Verschuldung innerhalb der Grenzen der EU verhindern.

**»Europa wird von einer nicht demokratischen Institution bestimmt – der Troika«**

Die Folgen seien weitreichend, fürchten Gewerkschafter. Eingriffe in die Tarifautonomie, Ausweitung prekärer Beschäftigung. „Am Ende die Zementierung des Soziallabbaus auf lange Zeit, denn ist der Pakt erst einmal beschlossen, können die nationalen Parlamente ihn nicht einfach wieder auflösen“, warnt Jutta Reiter, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Dortmund-Hellweg. Wohin ein stures Spardiktat



Europäische Gewerkschafter kritisieren, dass der Fiskalpakt die sozialen Probleme in Europa noch verschärft und Politik an der Bevölkerung vorbei betrieben werde. In Griechenland seien Proteste zuletzt mit Polizeigewalt beantwortet worden, erinnert der Gewerkschafter Themistoklis Kotsifakis. Foto: dapid

zu schrauben und Arbeitnehmerrechte zu beschneiden. Wie drastisch die Situation in den drei südeuropäischen Ländern schon heute sind, schilderte der Athener gemeinsam mit dem Spanier Pedro González, von der spanischen Bildungsgewerkschaft FECCOO und Manuela Mendonca vom portugiesischen Pendant FENPROF gestern in Dortmund. Sie alle fürchten fortschreitende Entdemokratisierung innerhalb Europas. In Portugal seien die Ausgaben für Bildung 2011 um 800 Millionen Euro zurückgefahren worden. 2012 sollen sogar 1,5 Milliarden Euro weniger soziale Standards nach unten



Themistoklis Kotsifakis (Griechenland): „Die Demokratie war niemals abwesender im Land ihres Ursprungs.“

ausgegeben werden. Dabei liege das Land auf der iberischen Halbinsel bereits heute an letzter Stelle bei den Bildungsausgaben innerhalb der EU. In den letzten drei Jahren seien rund 25 000 der insgesamt gut



Manuela Mendonca (Portugal): „Die Kürzungen sind ein Angriff auf das staatliche Bildungssystem.“

100 000 Lehrerstellen im Bildungssektor gestrichen worden. Von 23 000 festen, unbefristeten Stellen seien genau 396 ebenso wieder besetzt worden. Alle anderen würden nur noch befristet und zu schlechteren Konditionen von den Schulen vergeben. „Es handelt sich um einen Angriff auf das staatliche Erziehungswesen“, sagt Mendonca. Die Folge seien schlechter ausgebildete Schulabgänger, die noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben dürften, prognostiziert die Gewerkschafterin. Bereits heute liege die Jugendarbeitslosigkeit in Portugal bei etwa 35 Prozent.

**»Am Ende wird Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein«**

In Spanien seien gar die Hälfte aller jungen Menschen ohne Job, so González. Die drastischen Sparauflagen sorgten dafür, dass sich diese Entwicklung noch verschärfe. Aufdiktiert von „einer nicht-demokratischen Institution, der Troika“, kritisiert der Spanier.

Der DGB habe Europa lange nicht wahrgenommen, sagt Jutta Reiter. Die Problematik, die heute schon für enorme soziale Schiefereien in Südeuropa Sorge, werde mit der für 2013 geplanten Umsetzung des Fiskalpaktes auf Sicht auch alle anderen europäischen Länder erreichen. „Am Ende werden wir so stranguliert, dass Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird“, prognostiziert die DGB-Frau.